Die von der russischen Delegation für die Erklärung der jetzt am Kriege beteiligten Mächte festgesetzte Frist ist am 4. Januar 1918 mitternacht abgelaufen. Von keinem der Kriegführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentlichste Forderung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichteintritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden. Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlung nach Stockholm bezw. in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehenden und unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte, daß sie nicht in der Lage sind, die Verhandlungen an einem anderen Ort weiterzuführen. Sie sind aber wie früher aus Courtoisie gern bereit, die formalen Schlußverhandlungen und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Ort vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gedankenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet erschien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zu einem raschen Frieden zu gelangen. In einer der russischen Kundgebungen war eine unerhörte, in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die, wie ein Einblick in die Akten lehrt, lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden. Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf die uns bekannten und durch die russische Delegation in bekannter Weise zum Ausdruck gebrachten Worte nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitermehrheit der russischen Abordnung gemacht haben. So weit sich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug um ein Zaudern des Friedenswerkes und damit vernunftwidrig die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister des Äußern,

Graf Czernin,

etwa folgendes aus: Die Gründe, derentwegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land verweigern, sind doppelter Natur:

Erstens technischer Art: Sie, wie wir, sind von hier aus mit direkten Drähten mit den Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustausch statt. Wir alle können diese Apparate nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Noch wichtiger ist das zweite Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für einen allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntägiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens,

sondern eines Separatfriedens

zwischen Rußland und dem Vierbund. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr erlehnte Gelegenheit geben, störend einzugreifen. Wir wollen uns, den Westmächten diese Gelegenheit zu bieten. Aber wir waren bereit, an einem noch zu bestimmenden Ort die formalen Schlußverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen. Wir den materiellen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Uebereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung hindurch darauf geeinigt, diese Frage einer ad hoc zu wählenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeit zu beginnen hätte. Alle vier Alliierten sind einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär uns entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend gemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen beseelt sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnis gelangen, wenn nicht, dann werden die Dinge ihren Lauf nehmen. Aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großwesir Talaat Pascha und Justizminister Popow schlossen sich namens der türkischen und bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Ein Protest gegen russische Funksprüche.

Tarnopol gab General Hoffmann eine Erklärung ab, in der er gegen die in einer Anzahl russischer Funksprüche und Aufrufe gegen die deutschen Heereseinrichtungen und die deutsche Oberste Heeresleitung erhobenen Beschimpfungen und die darin enthaltenen Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen auf das entschiedenste Protest einlegte.

Die Vertreter der drei Delegationen unserer Verbündeten schlossen sich diesem Protest an.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trotzki wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Der deutsche Bericht war zutreffend.

Brest-Litowsk, 10. Januar. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember 1917 den tatsächlichen Vorgängen entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet!

Petersburg gegen Jassy.

Genf, 8. Januar. Der „Temps" meldet, die Beziehungen zwischen Petersburg und Kischinew sind aufs gefährlichste gespannt wegen der Verhaftung des Maximalisten Rocha durch die rumänische Regierung. Die Regierung der Bolschewiki plant Vergeltungsmaßnahmen gegen Rumänien.

Das deutsche Volk im vierten Kriegsjahr.

Der Berichterstatter des Stockholmer „Aftonbladet", der soeben von einer Reise durch Deutschland zurückgekehrt ist, schreibt in seinem Reisebrief vom Dezember 1917: „Ein jeder, der in diesen Zeiten die deutsche Hauptstadt besucht, erhält einen klaren Eindruck von dem unbegrenzten Vertrauen zu der höchsten Kriegsleitung, das in allen Volksschichten und in den politischen Parteien herrscht. Daß Hindenburg und Ludendorff unsichtbar alles glückt, was sie nach reiflicher Erwägung unternehmen und worauf sie sich einlassen, davon ist jeder Deutsche felsenfest überzeugt. Deshalb teilt man auch die Nachrichten vom Kriegsschauplatz einander mit einer Ruhe mit, die nahezu an Gleichgültigkeit grenzt. Wenn die Zeitungen melden, daß an der Westfront die Engländer oder Franzosen das eine oder andere Dorf erobert haben, sagt man sich getrost, daß Hindenburg gewiß diesen örtlichen Verlust mit in Rechnung stellte, und daß ein feindlicher Durchbruch ganz ausgeschlossen ist. Aber auch die Siegesnachrichten können nunmehr kaum die einem Außenstehenden unsagbare Ruhe beeinträchtigen. Neuigkeiten, wie die über alle Beschreibung erhabenen Vorgänge in Italien, wurden in Deutschland selbstverständlich große Freude und berechtigten Stolz, aber übermütige, stürmische Freudenkundgebungen waren nirgendwo zu bemerken. Es ist von einmal so, daß es für das heldenmütigste Volk unmöglich zu sein scheint, nachdem es mehr als drei Jahre übermenschlicher Anstrengungen und Entbehrungen getragen hat, die Flamme der Begeisterung hell auflodern zu lassen. Das deutsche Volk dürstet weiter mit dem festen Vorsatz, auszuhalten. — aber es tut es mit Friedenssehnsucht. Man verläßt sich auf seine stolze, siegreiche Armee, aber man fordert von der politischen Leitung, daß sie alle Möglichkeiten ausnutzen soll, die zu einem schnellen und ehrenvollen Frieden führen können."

* * *

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 10. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern am Nachmittag lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Sandvoorde scheiterte ein starker nächtlicher Erkundungsvorstoß der Engländer. An der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Fesselballone und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 82 Flugzeuge und 2 Fesselballone verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

und

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Erweiterung des italienischen Kriegsgebietes.

Zürich, 10. Januar. Die „Züri. Ztg." meldet: General Diaz erließ unterm 5. Januar folgenden, sofort in Kraft tretenden Befehl: Das Gebiet der Provinz Bergamo und das Gebiet der Provinzen Como und Novara wird als Etappengebiet erklärt.

27 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 9. Januar. (Amtlich.) Trefflich durchgeführte Angriffe brachten einem unserer erfolgreichsten U-Bootkommandanten, Kapitänleutnant Steinbrinck, im westlichen Ausgang des Aermelkanals einen Erfolg von 27 000 Bruttoregistertonnen ein. Von den 6 zum größten Teil bewaffneten Dampfern wurden drei große tiefbeladene Dampfer aus einem durch Kriegsgeräte, Schiffsdampfer, Fischdampfer, Flugzeuge und Luftschiffe besonders stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Letztere und Größe der Ladung lassen daraus schließen, daß es sich um Schiffe mit ganz besonders wertvoller Ladung handelte. Einer dieser Dampfer war vom Einheitstyp und mindestens 5000 Tonnen groß. Unter den übrigen versenkten Schiffen befand sich der brasilianische nach der Angabe der Besatzung englische bewaffnete Dampfer „Ceara" (3394 Tonnen). Außer den 6 Dampfern wurde ein Segelschiff von mindestens 4500 Tonnen vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der „Emden"-Kapitän von Müller ausgetauscht.

Der erste Transport der deutschen Austauschgefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 trifft voraussichtlich Ende dieser Woche in Holland ein. Unter ihnen wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden", Fregattenkapitän Karl v. Müller, befinden. — Kapitän v. Müller hatte mit der „Emden" im Indischen Ozean gegen 100 000 Tonnen feindlichen Schiffsraum versenkt.

Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben.

Berlin, 9. Januar. Ueber die amerikanische Hilfe schreibt die „Züricher Morgenzeitung": In Paris und London frappiert eine Stelle des Berichtes, welchen General Crowder an den Kongreß der Vereinigten Staaten richtete und in welchem er erklärt, Amerika werde jedes Jahr 700 000 Mann nach Europa bringen können. Das ist zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Die Nachricht des nordamerikanischen Marineamtes, daß ein amerikanisches Patrouillenschiff von einem U-Boot versenkt worden sei, findet in der Presse starken Widerhall. Man befürchtet, daß deutsche Unterseeboote auf den Moment lauern, wo sich amerikanische Kriegsschiffe auf die See hinauswagen.

Amerikas Hilfe im Frühjahr 1919!

Bern, 9. Januar. Nautilus, der bekannte Mitarbeiter des „Nieuwe Rott. Cour.", berechnet in einem am 25. Dezember erschienenen Aufsatz die für einen möglichen Sieg der Entente im Frühjahr 1919 unbedingt erforderliche, im Jahre 1918 zu erzeugende Schiffstonnage auf 20 Millionen Tonnen. Davon würden, da die übrigen Ententestaaten höchstens fünf Millionen Tonnen bauen können, 15 Millionen Tonnen auf Amerika entfallen. Dazu sei Amerika aber in seiner Weise imstande, da für eine solche Leistung alles in allem allein 2 Millionen Arbeiter erforderlich wären. Die Auslassung findet in Marinekreisen als eine Widerlegung der letzten Entente-Hoffnungen umso mehr Beachtung, als englische und amerikanische Sachverständige, darunter der amerikanische Marinesekretär Daniels, die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Schiffsbaues für 1918 übereinstimmend auf 2 bis 2½ Millionen Tonnen, also etwa den siebenten Teil der obengenannten Summen, beziffert haben.

Wieder ein deutscher Hilfskreuzer im Indischen Ozean.

Der „Züricher Tagesanzeiger" berichtet: Aus verschiedenen Preßandeutungen ist zu schließen, daß im Indischen Ozean wieder ein deutscher Hilfskreuzer tätig ist, der die Handelsstraßen zum Roten Meer unsicher macht.

Englisches Hospitalschiff gesunken!

London, 9. Januar. Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Das englische Hospitalschiff „Rewa" ist torpediert worden und es sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Bristolkanal auf dem Heimwege von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffe gerettet. — Es kann sich nur um eine Verletzung durch Minen handeln.

Ein englischer Zerstörer gesunken?

Die „B. Z. am Mittag" meldet aus Hamburg: An der Deutschen Bucht wurden Patrouillen mit Leuten 76 Matr. Karbuschen und ein Rettungsring, gezeichnet H. M. S. Radiant, angeschwemmt. „Radiant" ist ein neuer englischer Zerstörer, der danach anscheinend untergegangen ist.

Zur Lage.

Trotz der billigen Mahnung zur Beruhigung, die sich die „Nordd. Allgem. Ztg." halbamtlich abgerungen hat und die auch in einer etwas seltsam anmutenden Erklärung der Zentrumsfraktion zum Ausdruck kommt, besteht die Krise zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Staatssekretär von Kühlmann mit unverminderter Schärfe fort. Eben weil sie auf sachlichen Gegensätzen beruht, kann sich ein Ausgleich auch nicht ermöglichen lassen durch Beruhigungsinstinkte und die billige Aufforderung, die Nerven nicht zu verlieren, sondern lediglich durch eine klare Entscheidung, die die Leitung der Verhandlungen mit Rußland auf bestimmte Bahnen festlegt. Inzwischen naht die Zeit heran, wo auch in Preußen die Parlamente ihre Arbeit wieder aufnehmen, und es scheint in beiden Kammern der Wunsch zu bestehen, von der Regierung Aufklärung über die Vorgänge zu verlangen. Der Reichskanzler hat offenbar die Absicht, in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident sich